

A N F R A G E von Ronald Alder (GLP, Ottenbach), Christoph Ziegler (GLP, Elgg) und Jörg Mäder (GLP, Opfikon)

betreffend Zusätzliche Kosten für Gemeinden infolge Verrechnung der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) in Pflegeheimen und Spitex-Organisationen

Das Bundesverwaltungsgericht hat in zwei Urteilen entschieden, dass die von den Pflegeheimen verwendeten sogenannten Mittel und Gegenstände (MiGeL) zu den Pflegekosten gehören und nicht zusätzlich von den Krankenversicherungen zu vergütet sind. Diese MiGeL-Materialien wie z.B. Inkontinenzmaterial, Verbandsmaterial, Sauerstofftherapien etc. sind gemäss Bundesverwaltungsgericht zusätzlich durch die Restfinanzierer zu übernehmen. Die Krankenversicherer zahlen ab dem 1. Januar 2018 kein MiGeL-Material mehr, welches durch Fachpersonal angewendet wird. Ausserdem prüfen die Krankenversicherungen die Rückabwicklung der vergüteten MiGeL-Materialien für die vergangenen Jahre. Da die MiGeL-Leistungen, basierend auf der aktuellen Regelung, nicht den Bewohnerinnen und Bewohnern der Pflegeheime verrechnet werden können, fallen diese beim Restfinanzierer sprich den Gemeinden, an. Es handelt sich hier um Zusatzkosten von mehreren Millionen für die Gemeinden. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie den Gemeinden klamheimlich zusätzliche Kosten aufgebürdet werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mittlerweile haben einzelne Pflegeheime bereits begonnen, die MiGeL-Aufwände an die Gemeinden mittels Pauschalen in Abhängigkeit der Pflegestufen zu verrechnen. Auf welcher gesetzlichen Grundlage werden diese Pauschalen festgelegt und wie werden die Pauschalen berechnet? Ist dieses Vorgehen zulässig oder sind weitere Rechtsprozesse zu befürchten?
2. Ist ein solches Vorgehen auch für Spitex-Organisationen anwendbar? Wenn ja, wie?
3. Welche potenziellen Zusatzkosten haben die Gemeinden bei Pflegeplätzen und Spitexorganisationen zu gewärtigen?
4. Wie wirkt sich das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes auf das Kostenverhältnis ambulant/stationär aus?
5. Was unternimmt der Regierungsrat, um diese Mehrkosten für die Gemeinden zu vermeiden?
6. Wie geht der Regierungsrat vor, um gegebenenfalls eine gesamtschweizerische Lösung zu finden?

Ronald Alder
Christoph Ziegler
Jörg Mäder